

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezugs monatlich 4,65 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 4,50 M., für Ausland 7,50 M., per Post 12,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2396.

Inserate sollen die nachstehende Nonpareilgröße oder deren Raum 120 Mill., Wortanzahl das halbe Blatt 20 Pl., jedes weitere Blatt 25 Pl. Lezungsfristtag 20. Dez. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Samstag aus. Insetats für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Clemenceau gegen Sowjet-Rußland.

Kein Friede mit Rußland.

Paris, 24. Dezember. (Havas.)

In seinen Erklärungen über die auswärtige Politik in der gestrigen Sitzung der französischen Kammer, die Clemenceau auf eine Anfrage des sozialistischen Abgeordneten Cachin gab, berichtete er über die mit England und den Vereinigten Staaten abzuschließenden militärischen Garantieverträge und kam dann auf die anlässlich der Londoner Konferenz geleistete Arbeit zu sprechen, die von Berthelot, der sich noch in London befindet, fortgesetzt werde.

Clemenceau hob die Notwendigkeit eines engen Bündnisses mit England hervor und streifte die Rume-Frage, die man jetzt in einer alle beschreibenden Weise zu lösen hoffe. Bei der Erwähnung der Probleme, die den Balkan, Anatolien, Syrien und Palästina betreffen, erklärte Clemenceau, die Frage von Konstantinopel sei immer noch in der Schwebe. Mag berate sie gegenwärtig in London.

Zur russischen Frage übergehend, brandmarkte Clemenceau die Sowjetregierung in heftigen Ausdrücken. Sie sei die barbarischste und bestochteste, die je existiert habe. Er sagte: Nicht nur machen wir keinen Frieden mit Sowjetrußland, wir werden uns auch nicht mit ihm abfinden. Clemenceau erinnerte an die schweren Opfer, die Frankreich und England gebracht hätten, um die russische Patrie zu unterstützen, von denen man hätte annehmen können, daß sie ihr Land wieder aufrichten würden. Er betonte, daß diese Aufwendungen nicht ewig weiter dauern würden. Deutschland schide sich an, heimlich einen Teil Rußlands zu kolonisieren, deshalb müsse man um Rußland einen Stachelstrahl ziehen. Von warmem Beifall unterbrochen, schloß Clemenceau mit dem Hinweis, daß man von Neben zur Tat übergehen müsse. Er kündigte die Absicht der Regierung an, nach Beendigung der Wahlen zurückzutreten und hob hervor, daß es kein Scheinrußland sein werde. Die Kammer brachte Clemenceau eine Ouldiung bei.

Darauf fragte Cachin an, ob es wahr sei, daß einige Nationen sich in den Dardanellen und in Konstantinopel festgesetzt hätten, wie Gerüchte besagten. Clemenceau verneinte dies. Der sozialistische Abgeordnete warf der Regierung vor, daß sie den Kriegszustand mit Rußland aufrechterhalte und sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmische.

Schließlich nahm die Kammer eine Tagesordnung mit 438 gegen 11 Stimmen an, die lautet: Die Kammer bewilligt die Erklärungen der Regierung und spricht ihr ihr Vertrauen aus, sie verweigert jeden Zusatz und geht zur Tagesordnung über. Danach vertagte sich die Kammer.

Die deutsche Delegation reißt nicht ab.

Paris, 23. Dezember. (Havas.)

Freiherr v. Lersner und v. Simson werden anderlautenden Nachrichten entgegen, Paris heute abend nicht verlassen. Nur die Schiffsfahrtsadverktändigen reisen nach Berlin, da ihre Aufgaben für den Augenblick erledigt sind.

Freiherr v. Lersner hätte gestern nachmittags Datsch einen Besuch ab und sollte ihm mit, daß er seiner Absicht, am Abend abzureisen, nicht Folge gebe, ebensowenig wie Herr v. Simson.

Lord Curzon über Oesterreichs Notlage.

H. N. London, 24. Dezember.

Im englischen Oberhaus wurde gestern wiederum die Ernährungslage Oesterreichs beraten. Lord Curzon erklärte, die Lage in Oesterreich sei sehr schlecht, in ganz Mitteleuropa herrsche ein großer wirtschaftlicher Mangel. Die Allierten versuchten immer auf den Kosten des alten Oesterreichs ein neues politisches System aufzubauen, aber dafür, das System auf wirtschaftliche Grundlage zu stellen, sei bisher noch keine Zeit gewesen. Die Lage in Wien sei so schlecht, wie nur möglich. Durch die bereits getroffenen Maßnahmen könne Oesterreich noch etwa vier Monate ausharren. England und Frankreich hätten vorgeschlagen, die ausländischen Wertpapiere im Werte von 3 Milliarden Pfund Sterling, die sich in Oesterreich befinden, zu übernehmen und dafür Rohungsmittel zu liefern. Die wertvollen Gemälde, die sich in so großer Anzahl in Oesterreich befinden, sollten an Amerika veräußert werden. Für den Abbruch der amerikanischen Anleihe sollten 30 000 Tonnen Getreide

aus Triest geliefert werden. Es sei kein Plan der Kreditbeschaffung ohne die Mitarbeit der Vereinigten Staaten möglich.

Abtransport von Getreide für Oesterreich.

Wien, 24. Dezember.

Von der italienischen Regierung ist heute hier eine Depesche eingetroffen, in welcher mitgeteilt wird, daß mit der Verschiffung der in Triest befindlichen 30 000 Tonnen Getreide für Oesterreich heute begonnen wird. Bisher sei dies nicht möglich gewesen, weil die Frage der Finanzierung noch nicht gelöst sei. Vorläufig werden 15 000 Tonnen Weizen aus Venedig und 9 000 Tonnen Weizen aus Triest abtransportiert werden.

Verhandlungen zwischen Japan und Rußland.

Berlin, 24. Dezember.

Dem „Osteuropa-Dienst“ wird aus Stockholm berichtet, daß zur Zeit in Vladivostok Verhandlungen zwischen japanischen und russischen Regierungsvertretern stattfinden. Die Abgesandten der Sowjetregierung erörtern in erster Linie die Regelung des Geiselnustausches und ähnlicher Fragen. Wie weiter mitgeteilt wird, sprechen alle Anzeichen dafür, daß in der nächsten Zeit eine umfangreiche Ausfuhr von Rohstoffen aus Sibirien stattfinden wird; jedenfalls hat Sowjetrußland im Verlaufe der Verhandlungen in diesem Punkte bereits weitgehende Konzessionen gemacht.

Starke Zumutung.

L. II. Frankfurt/Main, 24. Dezember.

Die Angestellten und Arbeiter der Sabanalit beschäftigten sich, wie die „Vollstimme“ meldet, in einer stark besuchten Betriebsversammlung mit der Frage, ob es für sie ratsam sei, das Unternehmen, in dem sie beschäftigt sind, mit finanziellen zu helfen. Die Gasgesellschaft, deren Aktien sich in den Händen der Stadt befinden, bedarf weiterer Betriebskapitalien in Höhe von 2 Millionen Mark. Von der Direktion ist nun an das Personal das Ansinnen gestellt worden, es möge zur Aufbringung dieser Summe beitragen. Die Versammlung lehnte den Vorschlag der Direktion nach langer Debatte ab.

Wir finden, daß die Arbeiterschaft der Gaswerke einen sehr vernünftigen Beschluß gefaßt hat, indem sie die finanzielle Beteiligung an dem Unternehmen abgelehnt hat. Und wir hoffen, daß dieser Beschluß aus grundsätzlichen Erwägungen und nicht etwa nur deshalb gefaßt worden ist, weil das Unternehmen bankrott ist und keinen Gewinn verbringt. Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft ein ähnliches Ansinnen auch in allen anderen Fällen zurückweisen wird. Aber bei prosperierenden Unternehmungen besteht wohl kaum die Gefahr, daß die Arbeiterschaft zur Beteiligung am Unternehmen aufgefordert wird.

Aus der Kloake.

Herr Solmann, der Vorsitzende des rechtssozialistischen Untersuchungsausschusses für die mit dem Falle Scharf zusammenhängenden Angelegenheiten, läßt verkünden, daß er den festen Willen habe, die Untersuchung ohne Ansehen der Person zu führen. Die Beschuldigungen Davidsohn und Baumeisters würden allen Beschuldigten zur Gegenüberstellung vorgelegt werden. Man solle das Ergebnis der Untersuchung abwarten und nicht voreilig Urteile fällen. Diese Mahnung an die andere hält Herr Solmann freilich nicht ab, jetzt schon zu sagen, es sei sicher, daß sowohl Herr Harden wie auch andere, Behauptungen aufstellen, für die ihnen der Beweis fehle und daß ihnen Zeugen unterlaufen seien. Insbesondere sei es unklar, daß die Herren Ebert, Landsberg und Scheidemann als Volksbeauftragte 100 000 Mark für die Ermordung Liebknechts und Bagendburgs bereitgestellt hätten.

Wir wollen Herrn Solmann und den Seinen sagen, was wir von dieser Untersuchungsdaktion halten. Nichts! Die Beschuldigungen, um die es sich hierbei handelt, sind den rechtssozialistischen Parteiführern schon seit Monaten bekannt. Sie haben nichts getan, um sie zu widerlegen, dagegen alles, um die Aufstellung der Wahrheit zu verhindern. Die „einigen Wochen“, die der rechtssozialistische Untersuchungsausschuß jetzt noch braucht, werden sich wohl solange hinausziehen, bis andere Dinge die öffentliche Aufmerksamkeit von diesem Sumpf ablenken. Zudem urteilen die Herren Solmann und Genossen in eigener Sache und sie haben allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß bei ihrer Untersuchung nicht viel herauskommt.

Die Schatten der Reichstagswahl.

Eine Notiz von halbamtlicher Herkunft kündigte vor kurzem die Wahlen zum Reichstag für den April des nächsten Jahres an. Wenn man sich überlegt, welche Fülle von Geschehen nach dem bestehenden Arbeitsplan von der Nationalversammlung noch erledigt werden soll, kann man verstehen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ lebhaften Zweifel hegt, ob der Termin innegehalten wird. Vielleicht werden wir bald hören, daß es nicht möglich ist, bis zum Frühjahr fertig zu werden, und daß deshalb die Wahlen auf neue hinausgeschoben werden müssen.

Unser Standpunkt zum Parlament ist bekannt. Wir versprechen uns von dem Reichstag nichts mehr und nichts Besseres als von der heutigen Volksvertretung. Aber trotzdem muß doch immer wieder die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes hervorgehoben werden. Die Aufgaben der verfassunggebenden Parlaments waren, wenn Worte einen Sinn haben, in dem Augenblick erledigt, wo die Verfassung unter Dach und Fach gebracht war. Damals hätte es von Rechts wegen den Platz räumen und den ordnungsmäßigen Reichstag an seine Stelle treten lassen müssen. Zur Not konnte man zugeben, daß einige besonders bringende Gesetze noch verabschiedet wurden; aber was jetzt noch geplant ist, verträgt gut und gern den Aufschub, der nach der Auflösung der Versammlung unvermeidlich wird, zumal wenn man bedenkt, daß im Januar noch einmal eine mehrere Wochen dauernde Unterbrechung der parlamentarischen Arbeiten beabsichtigt ist.

Es sind indessen ja auch gar nicht die Rücksichten auf gesetzgeberische Notwendigkeiten, die die Regierung die Neuwahlen immer wieder hinausschieben lassen. Der Grund ist ganz einfach der, daß sie sich vor dem Appell an das Volk fürchtet. Sie weiß sehr genau, daß sie ein solches Parlament, wie das gegenwärtige, nicht noch einmal bekommen. Es ist, wie die „Chambre Intronvable“, die zu allem ja sagende „unfindbare Kammer“, mit der die französischen Bourbonen in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts das Glück hatten zu regieren. Das Koalitionsministerium besitzt eine Mehrheit, die ihm trotz aller inneren Reibungen und trotz der häufigen Krisen das Fortwirlen gestattet, und die seinen Mitgliedern die Möglichkeit gibt, trotz aller Blamagen das scheinbar doch recht angenehme Geschäft des Regierens weiterzubreiben.

Daß die Volksvertretung heute diesen Namen ganz und gar nicht mehr verdient, ist den sogenannten leitenden Männern ebenso gut bekannt wie uns. Zwar hat das Listensystem das Barometer zerfchlagen, an dem sich früher die Volkstimmung ablesen ließ, denn Nachwahlen finden bekanntlich nicht mehr statt. Aber es gibt tausend andere Anzeichen, die es aller Welt offenbaren, wie wenig die Zusammensetzung der Nationalversammlung mit dem Willen der Wählerschaft von heute übereinstimmt. Es läßt sich doch nun einmal nicht leugnen, daß im Lande von dem Regierungsbund nach rechts so gut wie nach links immer größere Teile abbröckeln. Die Arbeiterschaft kehrt mehr und mehr den Rechtssozialisten den Rücken und verstärkt die Unabhängigen, und das im Januar noch so demokratische Bürgertum verläßt in Scharen das schwarz-rot-goldene Banner, um sich zu den konservativ-roten Parteien zu wenden, die seinen Profitinteressen einen besseren Schutz zu gewähren versprechen. Es ist schwer zu sagen, ob der Abmarsch nach links oder der Abmarsch nach rechts stärker ist, und nichts liegt uns ferner, als uns in Prophezeiungen über die Einzelheiten der Zusammensetzung des nächsten Reichstages zu ergen. Aber daß er ein wesentlich anderes Gesicht tragen wird als das, was sich zur Zeit Volksvertretung nennt, wird ernsthaft keiner zu bestreiten wagen.

Nun kann die Regierung die Wahlen solange hinausschieben, wie sie mag, und sie wird doch diese Entwicklung nicht aufhalten imstande sein. Aber sie will eben, solange es irgend möglich ist, ihre Wonnemonate ausdehnen und das Ende ihrer Herrlichkeit bis zum äußersten denkbaren Termin hinausschieben. Inzwischen hofft sie, daß, was von dem Volk in der großen politischen Schneise noch übrig bleibt, so fest aneinander zu klitten, daß sie wenigstens mit einiger Aussicht auf Erfolge in die Kampagne eintreten kann.

Zeichnerweise sind es die Sozialdemokraten, die sich jetzt am stärksten für die Erhaltung und Festigung der Koalition einsetzen. Sie haben es ja auch am nötigsten, denn für sie wäre der Zusammenbruch der gegenwärtigen Mehrheit am verhängnisvollsten.

Das Zentrum kann mit Erzberger oder ohne ihn jeden Tag anders. Ganz nach Bedarf schiebt es seine sozialdemokratischen und sozialistischen Forderungen oder sein sehr wirkliches konfessionelles Programm in den Vordergrund, und wenn der Wind umgeschlagen ist, wird es erklären, daß die Zeit gekommen sei, in erster Linie seinen sogenannten Kulturstandpunkt zu betonen, und daß es zu diesem Zweck mit der ihm feilsch so verwandten konservativen Reaktion zusammengehen müsse. Drüben, wo jeder Bundesgenosse willkommen ist, wird man den neuen Bundesgenossen aus Herz drücken und ihm gern seine revolutionären Verirrungen verzeihen.

Die Demokraten können sich jederzeit darauf besinnen, daß sie doch eigentlich eine bürgerliche Partei sind, die im besten Fall die Aufgabe hat, zwischen rechts und links zu vermitteln und den Arbeitern und Angestellten den Kapitalismus durch einige Redensarten von Freiheit und Fortschritt schmachtlich zu machen. Dann aber stehen die Rechtssozialisten da wie ein entlaubarer Stamm. Der Opposition sind sie seit Jahren entwöhnt, und ihre Führer müssen fürchten, daß, wenn sie es erneut mit ihr versuchen, die Massen, die bis jetzt noch bei ihnen geblieben sind, die Grenze zu den Unabhängigen noch leichter überschreiten als bisher. Es gibt also für sie nur eine Rettung: der Bloch.

Aus diesem Grunde hat in einer der letzten Sitzungen der preussischen Nationalversammlung der Minister Heine schon die Notwendigkeit des Zusammengehens bei den Wahlen betont. Herr Heinrich Schulz hat am vergangenen Sonntag auf der Nationalkonferenz des Bezirksverbandes Groß-Berlin energisch in dieselbe Sache geschlagen und dabei die rechtssozialistischen Klänge und Wünsche deutlich genug offenbart. Was er verlangt ist der „scharfe und unabweisliche Trennungstrieb gegen die Unabhängigen“ und die zielbewusste Einigung mit Demokraten und Sozialisten.

Die erste Forderung war längst erfüllt, als sie ausgesprochen wurde. Die Klüfte zwischen den Anhängern Noskes und uns ist so tief, daß sie sich nicht zuschütten läßt. Der Trennungstrieb ist durch die rechtssozialistische Politik in dem Jahre, das hinter uns liegt, so gründlich gezogen worden, daß an seine Verwischung nicht gedacht werden kann. Der zweite Programmpunkt ist wichtiger. Er bedeutet zwar praktisch auch nicht eigentlich etwas Neues, aber doch er formuliert und ausgesprochen wird, zeigt doch mit aller Würde und Klarheit, wo die Sozialdemokratische Partei steht, und wohin sie reisen will. Sie begnügt sich nicht mehr damit, nach den Wahlen mit bürgerlicher Demokratie und Zentrum gemeinsame Sache zu machen, sie ist entschlossen, mit diesen beiden Gruppen auch in den Wahlkampfzug Arm in Arm zu marschieren. Das heißt, sie verzichtet auch auf den Schein einer selbständigen Politik. Sie gibt den Klassenkampf vollständig preis, sie erhebt nicht länger Anspruch darauf, die Sache des Proletariats und sie allein zu vertreten, sie knüpft ihre Waffen gegen den Kapitalismus ab, indem sie sich von vornherein mit zwei kapitalistischen Parteien auf Geheiß und Verbot verbindet. Sie vertritt nicht mehr die Interessen der Arbeiterklasse, sondern sie vertritt die Sache der Koalition. Sie verzichtet darauf, den Wahlkampf als eine Gelegenheit zur Propagierung sozialistischer Ideen zu benutzen. Sie läßt sich die Hände binden durch Rücksichten auf die Erhaltung einer regierungsfähigen, unsozialistischen Mehrheit.

Damit hat die Sozialdemokratische Partei endgültig und offiziell den Bruch mit ihrer eigenen Vergangenheit vollzogen. Daß sie tatsächlich nicht mehr als Vertretung der Arbeiterklasse in Frage kam, war längst bekannt, jetzt unterschreibt sie aber das Urteil selbst, das wir über sie gefällt haben. Sie läßt keinen Zweifel mehr daran, daß sie gar nichts anderes sein will, als die am weitesten links stehende bürgerliche Partei, eine Partei der sozialen Reform, aber nicht eine der zielbewußtesten Sozialisten. Sie wagt endlich, zu scheitern, was sie ist.

Verdächtige Liebe.

Das Reichskabinett plant die Bildung eines Reichswirtschaftsrates, der der Regierung und dem Reichstag bei der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung beratend zur Seite stehen soll. Obwohl wir uns von einem solchen Instrument, der der rein kapitalistisch orientierten „sozialen Einsicht“ der gegenwärtigen Regierung keine Entfaltung verbaut, nicht viel Nutzen für die Arbeiterklasse versprechen, müssen wir uns doch gegen die im Unternehmerkreise herrschende Absicht wenden, den Reichswirtschaftsrat zu einem völlig sicheren Mittel der Vertretung von Unternehmerinteressen zu machen. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ beschäftigt sich sehr eingehend mit der Frage der Stimmenverteilung im Reichswirtschaftsrat auf die einzelnen Interessengruppen. Völlig richtig ist, wie die Person von Kar und Scholz nun einmal sind, abläßt das Unternehmerblatt den Segen der parlamentarischen Einrichtung darin, daß sie zur „Entpolitisierung des Wirtschaftslebens“ beitragen wird. Das soll heißen, der Einfluß der politischen Parteien auf die Wirtschaftspolitik soll durch den Einfluß des Reichswirtschaftsrates aufgehoben oder doch gemildert werden. Schon vor einiger Zeit erklärte aus Unternehmerkreisen der Ruf nach dem Reichswirtschaftsrat, weil die „politische“ Nationalversammlung nicht in der Lage sei, das Betriebsrätegesetz nach den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft, soll heißen nach den Herrschaftsansprüchen der Unternehmer zu gestalten. Ein Vorwurf, den wir ungerecht finden, denn bisher hat die Nationalversammlung gerade bei den Beratungen über das Betriebsrätegesetz gezeigt, daß sie Unternehmerinteressen trotz sich zu würdigen wissen.

Um nun der Entpolitisierung zu dienen, wendet sich die „Arbeitsgeber-Zeitung“ zunächst gegen die Absicht der Regierung, dem Zentralrat des Herrn Cohen-Neubach das Recht zu geben, elf Arbeiternehmervertreter in den Reichswirtschaftsrat zu delegieren. Selbst dieses hehren und löbliche Gebilde erscheint dem Unternehmerblatt gefährlich, denn es ist — ein politisches Gebilde. Weiter ist dem Unternehmer die Vertretung der Verbraucher nicht unbekannt. Sie können ihre Interessen doch ausreichend in der politischen Volksvertretung wahrnehmen. Ebenso schädlich für die „Entpolitisierung des Wirtschaftslebens“ erscheinen dem völlig unpolitischen Unternehmerblatt die Wirtschaftsfachleute, die von der Regierung und vom Reichstag in den Reichswirtschaftsrat berufen werden sollen. Alle diese Gruppen verfehlen die Parität von Unternehmern und Arbeitern. Und die Unternehmer können noch nicht recht übersehen, wie sich diese Gruppen, die im Reichswirtschaftsrat bei solcher Zusammenfassung einen bedeutenden Einfluß haben würden, stellen werden. Dagegen glauben sie bei einer Zusammenarbeit mit den aus den Arbeitsgemeinschaften herorgehenden Arbeitervertretern ihrer Sache völlig sicher zu sein. Sie haben die günstigsten Erfahrungen mit ihnen gemacht. Und darum legen sie einmal großes Gewicht darauf, daß die Mehrheit der Vertreter der Industrie im Reichswirtschaftsrat von den Arbeitsgemeinschaften benannt werden, und sie fordern ferner, daß das Reichswirtschaftsrat im Reichswirtschaftsrat so gestaltet werden soll, daß Industrie und Landwirtschaft sowie Vertreter erhalten, daß kein Beschluß gegen die vereinigten Stimmen — Arbeiter und Unternehmer — dieser beiden Gruppen zustande kommen kann. Das wäre die Majorisierung des Reichswirtschaftsrates durch die Unternehmer und die mit ihnen verbundenen Gewerkschaftsführer. Wie sehr sich diese schon in der Hand der organisierten Unternehmer befinden, zeigt aufs neue das Verhalten der Unternehmer zu ihnen, das aus diesem warmherzigen Eintreten der „Arbeitsgeber-Zeitung“ für die Arbeitsgemeinschaften spricht. Für die Klassenbewußte Arbeiterklasse nur ein Grund mehr für ihren Kampf gegen diese verberberischen Gebilde und gegen die Ausdehnung ihres Einflusses auf öffentliche Einrichtungen.

Die einamen Hirsche.

Bald nach dem Waffenstillstand wurde ein „Deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund“ gegründet, der die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und einige kleine Organisationsplitter nationaler Couleur vereinen wollte.

Bald änderte der Bund seine Firma und nannte sich „Deutscher Gewerkschaftsbund“. Er hat sich im Laufe des Jahres durch mehrere Auflagen hindurch und sich im November neu konstituiert. In dem Verzeichnis der angeschlossenen Verbände, das im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften erschienen ist, fehlen die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Ueber den Grund ihres Ausscheidens verläuft weder von der einen noch von der anderen Seite auch nur ein Wort. Niemand erzählt, warum die Hirsche dem Gesamtverband aller sozialistischen Gewerkschaften nicht mehr angehören können.

Sie stehen nun einsam zwischen den Schluchten Rechts und Links von ihnen sammeln sich die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter immer geschlossener in zwei — allerdings ungleich — großen Lagern. Finden die Hirsche nicht bald den Weg zu den freien Gewerkschaften, dann werden sie der Gefahr laun entgegen, daß sie zwischen den beiden großen Organisationen getrieben werden.

Die Einigungsbewegung in Danzig.

Am Sonntag hielt die rechtssozialistische Partei des Preussischen Danzig einen Parteitag ab, auf dem ein Kompromiß zwischen den Anhängern der proletarischen Diktatur und der Demokraten gesucht wurde. Der Entwurf der Programmmission enthielt folgenden Abzug:

„Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Sozialistische Partei der freien Stadt Danzig aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, gegebenenfalls auch die Diktatur des Proletariats durch politische Arbeiterräte ausgenutzt werden. Zur Sicherung dieser Diktatur ist die Errichtung einer Volkswacht aus den Reihen des Klassenbewußten Proletariats erforderlich.“

Demgegenüber wurde noch mehr als sechsstündiger Debatte eine Entscheidung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Der Parteitag nimmt weiter Kenntnis von dem beschlossenen Einigungsprogramm. Er schlägt an Stelle der strikten Forderung vor: Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Sozialistische Partei der freien Stadt Danzig aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel. Der Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist gegebenenfalls die Diktatur des Proletariats entgegenzusetzen. Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, jeder Diktatur.“

Der Parteitag beauftragt den Landesvorstand mit der Leitung der unabhängigen sozialdemokratischen Parteiorganisation zusammenzutreten und die Einigung auch für das ganze Preussengebiet auf dieser Grundlage zu vollziehen.“

Küßerdem sollen in allen Orten nach erfolgter Einigung zunächst partiellistische Reunions der Vorstände stattfinden und ein möglichst rasch im Januar einberufender Parteitag beider Parteien die Einigung formell vollziehen.

Die U. S. B. in Danzig hat zu dieser Forderung des ursprünglichen Programms, die es verneint, die Arbeiterräte als politische Herrschaftsorgane der Arbeiterklasse ausdrücklich zu nennen, noch keine Stellung genommen.

Die Vertenerung des Zeitungsdruckpapiers.

Vor einigen Tagen haben wir die Bekanntmachungen der Organisationen des bürgerlichen Zeitungsgewerbes wiedergegeben, in denen auf die aufzuarbeitenden Preissteigerungen für alle Materialien aufmerksam gemacht und eine weitere Steigerung der Bezugspresse für die Zeitungen als unabwendbar angekündigt wird. Eine Anzahl von Blättern kündigt denn auch bereits an, daß sie vom 1. Januar den Abonnementpreis um etwa 25 Prozent steigern müßten. Ueber die Preissteigerung für Zeitungsdruckpapier wird nun folgendes mitgeteilt: „Was jetzt vom 1. Januar 1920 an neuerdings auf die Preise für Druckpapier aufgeschlagen werden soll, erreicht mit einem Schlage fast die Höhe des Betrages, um den sich im Laufe der letzten fünf Jahre das Papier überhaupt verteuert hat. Das Zeitungsdrukpapier wird auf rund 2 Mark für das Kilo erhöht gegen bisher rund 1,20 Mark und gegenüber einem Friedenspreis von 20 Pfg.; damit wird es zehnmal so teuer wie früher. Der einzelne Bogen einer Zeitung wird damit unbedruckt schon über 8 Pfg. kosten. Bei einem Umfang von 8-4 Bogen wird daher da unbedruckte Papier der Zeitung allein schon 10-18 Pfg. kosten. Diese Preissteigerung für Druckpapier ist zunächst nur für den Monat Januar 1920 erfolgt. Es liegt daher die Befürchtung nahe, daß dieser Preisaufschlag noch nicht beendet ist.“

Ruhe auf der Flucht.

Das Sterben vieler Brüder
Ist mild und immer müller
Fern in den Tag verhallt.
Ein fremder Baum gibt schattend Raft.
Sanft hebt der Abend Raft und Gast.
Die Rehe äßen vor dem Wald.

Von Stille überhangen
Kommt leiser Wind gegangen
Und deckt das Bestern zu.
Der vielen Brüder Sterben brennt
Als letztes Rot am Firmament.
Gelber und Wald und Mensch, hat Raft.
Ulrich Steinborff.

Die Weihnachts der Eva Amberg.

Von Erich R. Schmidt.

Die Glocken, hoch! Sie schwingen tiefe friedvolle Töne über die Stadt. Wer hört ihr Wehnen? Wer gürtet seinen Geist mit friedlichen Gedanken? Die Glocken, hoch! Sie läuten Frieden einem friedlosen Menschengeschlecht.

Hinter den Fenstern der Reichen zwar glimmen die Kerzen auf; so hohen Pyramiden geschichtet. Aber deren Strahlen sind von verwohnten Gedanken zerfurcht: Wie hält man den rinnenben Reichtum fest? Wer hat den Laizman, der neue Schätze in die Kammern wirft, der die alten bewahrt, so daß sie sich in einem Hauch beladenen Heil? Können die Hausherrn nicht eben noch leuchtend ihre Kassen, in die der „heilige“ Abend unerbittliche Löcher zieht?

Die Armen aber sitzen in fargen Zimmern, durch die der Atem wolkig rollt. Auf der Spitze der kleinen traurigen Tannentafel leuchtet ein dünnes bischöfliches Licht. Und die Gesichter sind zum Heulen zu milde. Die Armen aber schleichen durch die Straßen, Sehnsucht oder Haß im Bild. Auch ihrer sind viele.

Die Glocken, hoch! Sie läuten dumpf. Sie läuten Jörn. Sie läuten Jörn. Sie weisen ihre Töne wehmützig über Edelleit, darunter sich das Gezücht der Sorgen schmerzlich verknötet. Auch

diese Nacht gibt keine Erlösung. Der millionenmal Bekreuzigte starb vergebens. Das Geschick dieser Erde ist dem Inferno gefallen. Die Stimmen der Propheten schrien gegen seine Jahrausendelang. . . .

Unter denen, die eilig durch die frosthaften Straßen rennen, rührt mich die kleine Eva Amberg am meisten. Sie blickt mit ihren klugen Augen gegen die Scheiben, dahinter sich die Pyramiden türmen. Doch sie neidet niemand sein Gut. Sie überwand alle hohlen Illusionen. Die Not hat ihre Wände geschächt. Trauer trägt sie im Herzen um ein arbeitsloses Menschengeslecht. Ihr Mantel, von mitleidiger Hand geschenkt, ist schon zerfetzt und dünn; doch sie spürt keinen Frost. Sie fühlt sich berufen, Künstlerin zu sein; ja, sie ist eingeseht von Gott, den Wandelnden zu sagen, was sie leiden. Doch wer hört auf jene im ärmlichen Gewand? Sie folgen den Spuren hohler Säufer, fetter Quert, so sie sich mit Seide behängen. Sacht ihr schon jemals einen in zerfetztem Kleide, den sie sekerten, weil sie die heilige Flamme spürten? Sacht ihr schon jemals einen, Mann oder Weib, in ärmlichen Lumpen auf beschlammtem Boden? Welch Gedanke. Sie erheben ihre Augen hindisch nur, wenn folgender Klang von oben her sie streift. Sie bewegen sich vor Auszeichnungen, Uniformen, vor dem Reichtum in jeder Hinsicht; gleichviel wie der Unwohlste ihn einst erwacht. Die Künstlerinnen aber, die die Menge umstreift: sie wurden entweder in feilhaftigen Häusern geboren. Oder sie wählten sich durch glückliche Betten. Wie viele sind ihrer, die durch Qual und Mühsal gingen, ohne je den Körper zu verkaufen? Wie viele streifen empör, ohne daß Direktor, Agent, Improvisator sie hochhebt? Wie viele treten ans Licht, wenn nicht ein reicher Liebhaber die Taschen weit öffnet um schönen Lohn?

Name Eva Amberg, du rührst mich sehr. Wie ärmlich du durch den Weihnachtabend läufst. Wie schüchtern und wie stolz. Doch nie hat eine geile Hand deinen Leib berührt. Wer gab dir den Mut, so taufel zu leiden? Ich dich nicht in dem traurigen Heiligenschein haben vom Morgen bis in die Nacht hinweg? Um Hoberstundengeld bis zur Besinnungslosigkeit die schmutzigen Blätter wenden, abwechselnd Schere und Klauflit in niedrigen Händen? Bis daß, dann und wann, der Birnel trotzig in den Mitternachtsstunde, um zerfetztem Felle wickeln sie einen? Gung zu Hause — o dum, es doch im vierten Stock des Wintergebüdes! — nicht eine alte Mutter sorgenvoll umher, die einzige Nachtzeit des Kindes immer wieder vorgeblich wärmend? Unter

unterstehend in den Hofschaft, ob nicht die müden, wohlbelannten Schritte klopfen?

Wer konnte deine ganze Qual als jener arme Poet und seine Frau, zu denen du in schwachen Stunden tannest, um der Verzweiflung zu entweichen? Wann löstest du der großen Dichter Besse vor mit deiner Stimme, die wie Blut und Donner ist, wenn dich Ekstase faßt? Ihnen, die dich hörten, da keiner dich hören wollte. Ihnen, die an dich glaubten, da alle an deiner Armut ohseligend vorübergingen.

Sacht, ein pelzgeschmückter Keel verfolgt die kleine Eva mit lästernen Worten. Ein Kavaliere, der seinen Weihnachtabend billig verschönen möchte! Prachtvoll, wie sie ihm die Faust an den Ellenbogen stößt und vorwärts rennt. Dann auch sie läuft nicht nutzlos umher. Sie hat ein Ziel, die kleine Eva . . .

Und denkt ihr an jenen Abend, da sie zum ersten Male das Tobulum bestieg? Wie viel Wege, um die Summe für den Saal zusammenzubetteln. Wie viel vor der Rutter unterfahrgelagert Mittagbrote und Fahrtröcken, um das immer noch Behlende zu ergänzen. Und schließlich war der Saal fast leer, und all die Mühen waren umsonst. Wer von der hohen Kritik kam herbei, um die Stimme der Unbekannten zu hören, für sie zu zeugen? Nur der arme Dichter sah im Saal und schrieb eine Hymne um fargen Sold.

Wer aber war in so früher Morgenstunde auf der Straße, um, wochenlang vorher, zu leben, wie die kleine Eva Amberg, vor den harten Dienststunden jene Plakate, die ihren Abend anzeigten, selbst an Mauern und Kränzpfeiler liebt? Von lächelnden Bildern verfolgt, vom Jählen unreifer Curfchen begleitet, unbeherrschbar den Gummi aus der Tube preßt, die Tapfere? Niemand von jenen, die des Abends blasieren in die Säle gehen, hat es gesehen. Ich aber weiß darum, und ich sage es Euch, damit ihr die Ohren öffnet. Damit ihr ein Schicksal erkennt, das sich hoch über den dumpfen Alltag erhebt. Ein Leben, erfüllt von herrlicher Inbrunn, trotz Armut und Qual.

Die kleine Eva Amberg, auf langem Wege, durch viele Straßen, um das Jahrgeld zu sparen, kauft von einer armen bittenden Frau, die feierend am Gitter einer prächtigen Villa steht, lauff Streichböller, die sie nicht braucht, und gibt noch fünf Pfennige dazu, weil vor ihr so viele stolz an der Armen vorüberziehen, ohne die tragende Klage zu hören.

Denk auch an die leibliche Kraft in der Kleinen. Auf allen Wegen, in der Straßenbahn, — immer, überall trägt sie ein

